



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom
Kantonsratspräsident

21. Juni 2016
Franz Wüest

M 84 Motion Bucher Michèle und Mit. über die Aussetzung der Schuldenbremse / Eröffnet am: 30.11.2015 Finanzdepartement

Der Regierungsrat beantragt teilweise Erheblicherklärung.
Michèle Bucher ist nicht mehr im Rat vertreten. Die Motion wird von Monique Frey übernommen, sie beantragt Erheblicherklärung.
Armin Hartmann beantragt Ablehnung.

Monique Frey: Die Grüne Fraktion hält an der Motion fest. Die Schuldenbremse soll während der nächsten drei Jahre ausgesetzt werden. Die neuen gesetzlichen Grundlagen für die Schuldenbremse wurden in der Vernehmlassung behandelt. Ziel ist es, dass das neue Gesetz bereits für den AFP 2018–2021 zur Anwendung kommen sollte. So wie ich aber die Zeichen der Fraktionen deute, kommt es noch zu grundlegenden Überarbeitungen. Das enge Korsett der jetzigen Schuldenbremse hat sich nicht bewährt. Ich zweifle aber daran, dass die neue gesetzliche Grundlage bereits für das Budget 2018 in Kraft treten wird. Das Konsolidierungsprogramm 2017 (KP17) ist geschnürt, und es ist bekannt, dass von den 200 Millionen Franken an Ausgabenbeschränkungen 40 Millionen Franken für die Optimierung der Strukturen eingesetzt werden sollen. Uns ist nicht klar, ob dieser Betrag tatsächlich erreicht werden kann. Im Moment fehlen noch 90 Millionen Franken, die eingespart werden müssen. Wie diese 90 Millionen eingespart werden sollen, ist noch nicht klar. Die Grünen und die SP schlagen deshalb eine Steuererhöhung für die Unternehmen vor. Laut der Botschaft B 38 soll die Schuldenbremse nur für ein Jahr ausgesetzt werden. Zudem wird ein Antrag gestellt, die Schuldenbremse nicht auszusetzen, sondern nur den Aufwandüberschuss von 4 auf 8 Prozent des Bruttoertrages zu erhöhen. Das zeugt nicht von einer verantwortungsvollen Finanzpolitik. Die Grüne Fraktion will sich für eine langfristige Politik einsetzen. Es geht nicht nur darum, bei den Finanzen keine Schulden zu machen. Indirekt häuft der Kanton durch die Einsparung bei der Bildung ebenfalls Schulden an.

Armin Hartmann: Die SVP-Fraktion lehnt die Motion ab. Die SVP lehnt jegliche Lockerungen der Schuldenbremse ab. Im früheren Finanzleitbild hat es geheissen, dass der Kanton Luzern keine Schulden macht. Daran hat man sich gehalten. Mit dem FLG ist nur noch der mittelfristige Ausgleich vorgesehen. Dadurch ist der Kanton mit seinen Ausgaben bis an die Grenzen gegangen. Der Rat hat die Schuldenbremse selber beschlossen. Politiker neigen dazu, Geld auszugeben, ich selber zähle mich auch dazu. Diesbezüglich gibt es also noch viel zu lernen. Die Regeln hat sich der Rat selber gegeben zu einer Zeit, als er davon ausgegangen ist, dass die Schuldenbremse eingehalten werden kann. Die Frage der Nachhaltigkeit hat mich überrascht. Es wird niemand behaupten, dass Schulden zu machen nachhaltig ist. Irgendjemand muss die angehäuften Schulden abtragen, ich bin davon überzeugt, dass wir das tun sollten. Innerhalb einer Legislatur sollten wir unsere Ausgaben finanzieren können, daran wollen wir uns auch in Zukunft halten.

David Roth: Wir sollten uns die Realität vor Augen führen. Wenn wir die Schuldenbremse

so aussetzen, wie es die Regierung vorschlägt, werden wir die Finanzen wohl kaum ins Gleichgewicht bringen und müssen zu Notmassnahmen greifen. Beschliessen wir ein Budget mit einer Steuerfusserhöhung und es wird vom Volk abgelehnt, könnte es, ähnlich wie in den USA, zu einem Government Shutdown kommen. Dann funktioniert gar nichts mehr, und dem Kanton würde dadurch grosser Schaden zugefügt. Der Kanton benötigt jetzt eine Verschnaufpause, denn die Pro-Kopf-Verschuldung ist im Kanton Luzern nicht zu hoch. Danach können wir es uns wieder zum Ziel setzen, Schulden abzubauen. In Zeiten von Minuszinsen kann man es sich leisten, Schulden auszubauen. Niemand steht gerne für eine Lockerung der Schuldenbremse ein, aber wir werden es nicht vermeiden können, neue Schulden zu machen. Wenn wir die Schuldenbremse lockern, wird in drei Jahren ein Ausgleich nicht möglich sein. Wir wissen heute noch nicht einmal, wo die fehlenden 170 Millionen Franken herkommen sollen. Früher oder später werden wir also auf eine Lockerung der Schuldenbremse zurückkommen müssen, auch wenn die vorliegende Motion heute abgelehnt werden sollte.

Damian Hunkeler: Die FDP-Fraktion lehnt die Motion ab. Wir treten für die Schuldenbremse ein, sind aber bereit, diese anlässlich des Budgets 2017 für ein Jahr zu lockern. So wie die Motion formuliert ist, ergibt sie keinen Sinn. Wenn man nur die jährlichen Vorgaben über mehrere Jahre hinweg aussetzt, aber der Fünfjahresausgleich bestehen bleibt, geht die Rechnung nicht auf. Deshalb erachten wir auch eine teilweise Erheblicherklärung nicht als sinnvoll.

Yvonne Hunkeler: Die CVP-Fraktion unterstützt die teilweise Erheblicherklärung der Motion. Wir stimmen einer temporären und begrenzten Lockerung der Schuldenbremse zu, aber nicht im selben Sinn, wie es die Motionärin verlangt. Darum folgen wir dem Antrag der Regierung.

Urs Brücker: Die GLP-Fraktion lehnt die Motion ab. Wir sind auch gegen ein unlimitiertes Aussetzen der Schuldenbremse während eines Jahres. Mit der Motion wird keine nachhaltige Lösung erzielt, sondern das Problem wird nur um ein paar Jahre verschoben.

Hans Stutz: Ich bin mit Armin Hartmann einverstanden, dass es sich hier nicht um eine nachhaltige Lösung handelt. Es ist auf lange Frist auch nicht ökonomisch, Schulden zu machen. Wenn wir aber ausschliesslich nur noch sparen und abbauen, schaden wir damit der staatlichen Tätigkeit. Die volkswirtschaftliche Leistung im Kanton Luzern ist gestiegen, deshalb kann auch eine entsprechende Abschöpfung erfolgen. Die wirtschaftlich und gesellschaftlich erarbeiteten Vermögen sind vorhanden, sodass die Schuldenbremse eingehalten werden kann. Es kann sogar in Betracht gezogen werden, die Steuern zu erhöhen oder das Steuergesetz entsprechend anzupassen.

Armin Hartmann: Hans Stutz sollte die Entwicklung der Ertragsseite der kantonalen Finanzen studieren. Es ist ja nicht so, dass die Privatwirtschaft nicht jedes Jahr mehr an die Ausgaben des Kantons leistet, im Gegenteil. Deshalb kann man daraus auch nicht schliessen, die Steuern immer weiter zu erhöhen. Das würde nur dazu führen, dass sich das Problem wiederholt. Die Ausgaben wachsen stärker als die Einnahmen, dieses Problem muss gelöst werden, sonst stehen wir in wenigen Jahren wieder am gleichen Ort.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Die Regierung spricht sich für eine teilweise Erheblicherklärung der Motion aus. Es besteht die Möglichkeit, die Schuldenbremse während eines Jahres auszusetzen. Für das Jahr 2018 ist eine Teilrevision des FLG geplant. Es ist deshalb richtig, die Lücke bis dahin zu überbrücken.

In einer Eventualabstimmung zieht der Rat die teilweise Erheblicherklärung der Erheblicherklärung mit 89 zu 24 Stimmen vor.

In der definitiven Abstimmung erklärt der Rat die Motion mit 58 zu 57 Stimmen teilweise erheblich.